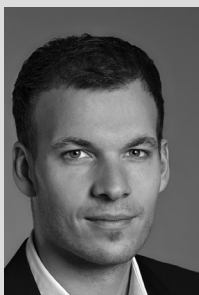


» Positionen und Perspektiven zu Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen in den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2017



Dr. Falk Scheidig

Leiter der Stabsstelle
Lehrentwicklung
Pädagogische Hochschule
FHNW
falk.scheidig@fhnw.ch



Prof. Dr. Tetyana
Kloubert

Vertretung der Professur
für Pädagogik mit Schwer-
punkt Vergleichende Bil-
dungsforschung Universität
Augsburg
tetyana.kloubert@phil.uni-
augsburg.de

¹ Kloubert, T./Scheidig, F. (2013): Bildungspolitik im Wahljahr 2013: Die Positionen zum lebenslangen Lernen in den Wahlprogrammen der Parteien. In: forum erwachsenenbildung, H. 3/2013, S. 43–44.

² CDU/CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932 (10.07.2017).

³ SPD (2017): Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf (10.07.2017).

⁴ Bündnis 90/Die Grünen (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf (10.07.2017).

⁵ Die Linke (2017): Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. <https://www.die-linke.de>

Einleitung

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags sollen Programme zur Wahl des Deutschen Bundestages am 24. September 2017 im Hinblick auf die darin enthaltenen Aussagen zur Erwachsenenbildung und zum lebenslangen Lernen befragt werden. Der Beitrag bildet damit die Fortsetzung der Wahlprogrammanalyse zur letzten Bundestagswahl (Kloubert/Scheidig 2013)¹. Er beschränkt sich auf jene Parteien, denen zum Zeitpunkt der Sichtung (Juli 2017) demoskopisch begründete Chancen auf einen Einzug in den Bundestag eingeräumt werden: Die Analyse umschließt somit sechs Bundestagswahlprogramme in ihrer finalen Fassung, nämlich die von CDU/CSU², SPD³, Bündnis 90/Die Grünen⁴, Die Linke⁵, AfD⁶ und FDP⁷.

Eine Anreicherung der Analyse um andere programmatische Parteidokumente, insbesondere Grundsatzprogramme und Positionspapiere, verspricht eine lohnende Perspektiverweiterung, muss hier aber aufgrund der gebotenen Kürze ausbleiben. Der Beitrag fokussiert programmatische Standpunkte zur Erwachsenenbildung, was impliziert, dass Positionen zur Elementar-, Schul-, Berufs- und Hochschulbildung nur dann referiert werden, wenn sie explizite Bezüge zur Erwachsenenbildung aufweisen beziehungsweise in den Kontext des lebenslangen Lernens gestellt werden.

Funktionen von Weiterbildung

Bildungsprozessen im gesamten Lebenslauf respektive im Erwachsenenalter werden in den Wahlprogrammen unterschiedliche Funktionen zugesprochen. Insgesamt dominiert eine ökonomische Perspektive, die – wie bereits 2013 (Kloubert/Scheidig 2013) – auch ihren sprachlichen Niederschlag in der Bevorzugung des Weiterbildungs- vor dem

Erwachsenenbildungsbegriff findet: Weiterbildung soll Arbeitslosigkeit verringern beziehungsweise verhindern und insbesondere Langzeitarbeitslosen helfen (CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD), individuelle Berufs- und Arbeitsmarktperspektiven verbessern (CDU/CSU), sozialen Aufstieg gewährleisten (FDP, Grüne), berufliche Umorientierungen unterstützen (Linke), Geringqualifizierte nachqualifizieren (CDU/CSU, Grüne, SPD) und Frauen mehr als bisher die Übernahme sozialversicherungspflichtiger Jobs ermöglichen (CDU/CSU). Teilhabe am Arbeitsmarkt soll auch das Erlernen der deutschen Sprache gewährleisten (CDU/CSU). Gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich wird Weiterbildung eine Rolle bei der Beseitigung des Fachkräftemangels und dem Ausschöpfen der Arbeitspotentiale zugesprochen (CDU/CSU, SPD), sie wird als Beitrag zu ökonomischem Wachstum und Wohlstandssicherung (CDU/CSU) und zur Armutsbekämpfung (FDP) sowie als Grundlage für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Gesellschaftsentwicklung (Grüne, SPD) verstanden. Auch soll sie helfen, den digitalen und technischen Wandel zu bewältigen (FDP, Linke, SPD).

Auf individueller Ebene soll lebenslanges Lernen gesellschaftliche Teilhabe (FDP, Grüne, Linke), Persönlichkeitsentfaltung (AfD, CDU/CSU, FDP, Linke), digitale Selbstbestimmung (SPD), Chancengerechtigkeit (Grüne) sowie die Öffnung vielfältiger individualisierter Lebenswege (FDP) ermöglichen. Es wird erwartet, dass Bildung im Erwachsenenalter auch der Gesellschaft zugutekommt, sie soll zur Integration beitragen (CDU/CSU, Grüne) und die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten fördern (AfD). In Bildung wird überdies eine Antwort auf die Gefahren des Terrorismus und Extremismus gesehen (FDP, Grüne).

Weiterbildungsbezogene Forderungen

Mit Blick auf die Forderungen scheint weitgehend Einigkeit hinsichtlich des Erfordernisses der Stärkung von Medienkompetenz für alle Generationen zu bestehen (CDU/CSU, FDP, Grüne, Linke, SPD) und bezüglich des ausgewiesenen Bedarfs an digitalisierungsbezogener Weiterbildung für Lehrkräfte (CDU/CSU, FDP, Linke, SPD) beziehungsweise generell für alle Arbeitnehmer (CDU/CSU). Digitalisierung wird auch als Chance für Weiterbildung selbst gesehen, verbunden mit der Erwartung einer erhöhten Flexibilität und Reichweite des Lernens (FDP, SPD). Es korrespondiert mit dem Bestreben, Menschen in allen Regionen Deutschlands (CDU/CSU) beziehungsweise generell allen Menschen (Grüne, SPD) gleichwertigen Zugang zu lebenslangem Lernen zu gewähren. Für Deutschland wird in diesem Kontext ein allgemeines Recht auf Weiterbildung (Linke, SPD) sowie die Umsetzung des von der UNO deklarierten Menschenrechts auf Bildung (SPD) gefordert – was auch Inklusive Bildung für Erwachsene (SPD) und Menschen ohne Aufenthaltsstatus (Grüne) einschließt.

Bezüglich der bildenden Funktion von Medien wird eine Regelung für den Verleih von E-Books durch Bibliotheken (SPD) ebenso gefordert wie der Wettbewerb und die Qualitätssicherung freier Medien (CDU/CSU). Mediale Bildung durch Rundfunk wird aber auch unter politischen Manipulationsverdacht gestellt (AfD). Die kulturelle Teilhabe soll durch Bildung gefördert werden (FDP, Grüne) – ebenso wie die interkulturelle Bildung durch die Stärkung unter anderem der Goethe-Institute, der Deutschen Welle, der politischen Stiftungen und des DAAD (Grüne, SPD). Von anderer Seite wird hingegen eine Einflussminderung von internationalen Stiftungen und eine Abkehr von globalisierungsaffiner Bildung gefordert (AfD).

Bildung in ihrer gesamten Breite fokussieren die Wahlprogramme jedoch nur eingeschränkt, wie die vielfach beruflich konnotierten Forderungen offenlegen: Alle Beschäftigten sollen gleiche Chancen auf Weiterbildung besitzen (SPD) und von einer Freistellung für Bildung profitieren (Grüne, Linke, SPD). Auch wenn darauf verwiesen wird, dass Weiterbildung als Angebot und nicht als Selbstoptimierungsgebot zu verstehen ist (Linke), wird Weiterbildung vor allem als Instrument der Arbeitsförderung ausgelegt: Erwerbslosigkeit soll als Anlass beruflicher Weiterbildung genutzt werden (FDP, SPD), flankiert durch Angebote der Bildungsberatung (Linke, SPD) und Kompetenzerfassung (SPD) sowie unterstützt durch einen Anspruch auf Weiterbildung für Erwerbslose (Linke). Gemeinsam mit der Wirtschaft sollen bedarfsangepasste Qualifizierungsangebote für Erwerbslose (AfD) sowie flächendeckende Angebote gegen Analphabetismus und mangelnde Grundbildung (Grüne) erarbeitet werden. Die Rückkehr in den Arbeitsmarkt

nach einer Elternzeit sowie von Alleinerziehenden soll durch Weiterbildung unterstützt werden (Linke). Ausländische Abschlüsse sollen schneller anerkannt werden (FDP, Linke, SPD), wobei diesbezüglich auch eine Angst vor beruflichem Niveauverlust artikuliert wird (AfD). Zugewanderte sollen schnell Zugang zu sprachlicher Förderung (Linke) und einen Anspruch auf qualitätsvolle Integrationskurse erhalten (Grüne), insbesondere die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen wird als Dringlichkeit ausgewiesen (Grüne).

Finanzierung von Weiterbildung

Es konkurrieren verschiedene Finanzierungsmodelle berufsbezogener Weiterbildung: Sie reichen von einer steuerlichen Förderung eines „Bildungssparens“ von Arbeitnehmern und der Aussicht auf anteilige Kostenübertragung von Unternehmen zur Bundesagentur für Arbeit (FDP) über die Idee vom mit staatlichem Startkapital ausgestatteten „Entwicklungskonto“ für alle Bürger zur Absicherung von Weiterbildungszeiten (SPD), eine „grüne BildungsZeit Plus“ als Kombination aus Zuschuss und Darlehen für Weiterbildung (Grüne) bis hin zur Forderung der vollständigen Kostenübernahme durch Unternehmen, die in einen Weiterbildungsfonds einzahlen sollen (Linke). Eine finanzielle Förderung sollen auch Akteure kultureller Bildung (FDP, Grüne, Linke, SPD), Gedenkstätten (Grüne, SPD) und die Volkshochschulen (Linke) erhalten – Letztere, um das Angebot ausbauen und kostenfrei anbieten zu können (Linke). Die in der Erwachsenenbildung Tätigen sollen angemessen bezahlt (Grüne) und in einen Tarifvertrag und in Festanstellung überführt werden (Linke).

Adressaten von Weiterbildung

Als Weiterbildungsadressaten werden neben den bereits genannten Zielgruppen vor allem spezifische Berufsgruppen genannt, nicht selten des öffentlichen Diensts: Themenspezifische Weiterbildung soll Ämter, Krankenhäuser und Behörden für Gewalt gegen Frauen sensibilisieren (Linke), die Toleranz staatlicher Entscheidungsträger erhöhen (FDP), die interkulturelle und religiöse Kompetenz der Polizei, Gerichte und Sicherheitsbehörden stärken (Grüne), Bundeswehrsoldaten politisches Lernen ermöglichen (Grüne) und neue berufliche Optionen eröffnen (Linke), für Pflegekräfte und Beschäftigte in Privathaushalten offenstehen (Linke), demokratisches Wissen in Bildungsinstitutionen mehren (Grüne), Auszubildende von Menschen mit Behinderung qualifizieren (SPD) sowie Richter und Staatsanwälte für Cyberkriminalität wappnen (FDP). Darüber hinaus soll das freiwillige Engagement durch Weiterbildung eine Förderung erfahren (Grüne).

Die nicht beruflichen Forderungen zentrieren sich primär auf gesellschaftliche Herausforderungen und Problemlagen: Lebenslanges Lernen soll

de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/wahlprogramm2017.pdf (10.07.2017).

⁶ AfD (2017): Programm für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (10.07.2017).

⁷ FDP (2017): Denken wir neu. <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/10/2017-schauen-wir-nicht-langer-zu-fdp-wp.pdf> (10.07.2017).



(stärker als bisher) auf Menschenrechtsbildung und Friedenserziehung zielen (Grüne), Antisemitismus, Rassismus, Extremismus und Terrorismus entgegenzutreten (FDP, Grüne), die Vielfalt sexueller Identitäten berücksichtigen (FDP, Grüne).

Weiterbildungsbezogene Vorhaben

Die konkreten Vorhaben der Parteien, von denen einzelne bereits benannt wurden, setzen unterschiedliche Akzente: Die Unionsparteien möchten eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und „den zuständigen Stellen“ erarbeiten, ein Modell der höheren Berufsbildung etablieren und sich für eine „Bildungs-Cloud“ einsetzen. Die SPD möchte Bildungsurlaub in allen Bundesländern, mehr Weiterbildungsstipendien und ein „Arbeitslosengeld Q“ für Qualifizierungsmaßnahmen. Die Grünen erstreben einen europäischen Nachrichten- und Bildungssender in allen europäischen Sprachen, einen Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit sowie ein Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti und Roma. Die Linke fordert ein Rahmenprogramm „Inklusive Bildung“ für alle Bildungsbereiche und Altersstufen und eine Förderung der Freiwilligendienste als Bildungsdienste. Die FDP möchte zehn Prozent des jährlichen Kulturbudgets für kulturelle Bildung aufwenden sowie eine Online-Bildungsplattform einrichten, auf der alle Bürger MOOCs mit Zertifikatserwerb absolvieren können. Die AfD möchte einen verschlüsselten, kostenpflichtigen „Bürgerrundfunk“ mit objektiver Berichterstattung und kulturellen und bildenden Inhalten.

Fazit

Erwachsenenbildung erfährt in den Wahlprogrammen insgesamt weniger Aufmerksamkeit als andere

Bildungsbereiche, obschon die quantitative Dimensionierung sehr unterschiedlich ausfällt: Insbesondere die Parteien links der Mitte und mit Abstrichen auch die FDP versuchen, sich durch eine auch in Erwachsenenbildungsfragen angereicherte Bildungsagenda zu profilieren, wohingegen CDU/CSU und insbesondere die AfD das lebenslange Lernen als Thema kaum besetzen. Dass bildungspolitische Aussagen oftmals plakativ, Feststellungen banal und Forderungen unspezifisch sind und nur wenige konkrete Vorhaben benannt werden, dürfte dem Genre Wahlprogramm geschuldet sein, das im Sinne der erhofften Rezeption wohl per se zu gewisser Vagheit tendiert und insofern fachlichen Leseinteressen nicht entsprechen kann.

Inhaltlich wird Erwachsenenbildung mit der Erwartung der Lösung zahlreicher ökonomischer, beruflicher, gesellschaftlicher und individueller Herausforderungen konfrontiert und in den Dienst von Wirtschaft und Gesellschaft gestellt. Ihre Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung, die Mündigkeit Erwachsener und die selbstbestimmte Lebensführung findet nicht die gebotene Aufmerksamkeit wie auch insgesamt das Lernen im Kontinuum des Lebens bestenfalls konturenhaft in seiner Breite angedeutet wird. Wie bereits 2013 überwiegt bei der Kontextualisierung und Begründung lebenslangen Lernens in den Wahlprogrammen ein funktionales Bildungsverständnis unter Betonung unterstellter Bildungsbedarfe.

Ungeachtet der zu bedauernden Vagheit und Engführung erlauben die Wahlprogramme hinsichtlich der Partei-Positionierungen zu Fragen und Perspektiven der Erwachsenenbildung erste Einschätzungen, bildungspolitische Einordnungen und einen Parteienvergleich, da themenspezifische Unterschiede und Gemeinsamkeiten, geteilte und divergierende Vorstellungen hervortreten.